

Die Neue Linke : Entstehung und Perspektiven der neuen Formierung aus Linkspartei PDS und WASG

Autor(en): **Bischoff, Joachim / Lieber, Christoph**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **26 (2006)**

Heft 50

PDF erstellt am: **16.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652105>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Neue Linke

Entstehung und Perspektiven der neuen Formierung aus Linkspartei.PDS und WASG

Seit Jahrzehnten betreibt die wirtschaftliche und politische Elite in Deutschland einen Umbau des Regulationssystems und des Sozialstaates. Immer wieder werden die soziale Sicherheit und die tariflichen Rechte der Arbeitenden für die ökonomisch-sozialen Krisen verantwortlich gemacht. Es gibt keine politische Legitimität durch eine Mehrheit der Wahlbevölkerung für die Zerstörung eines regulierten Kapitalismus und des Sozialstaates. Vielmehr gibt es einen politischen Auftrag für eine Veränderung des Systems sozialer Sicherheit bei Erhalt gesellschaftlicher Solidarität.

In Deutschland formierten sich im Vorfeld der für das Jahr 2006 zu erwartenden Bundestagswahlen etliche Initiativen zur Klärung einer möglichen Intervention der politischen Linken. Im März 2004 hatten sie ihre Zielsetzung der Öffentlichkeit vorgestellt: eine möglichst breit angelegte Auseinandersetzung mit neoliberal bestimmter Politik und Aufklärung mit Blick auf sozial verträgliche Alternativen zur Allparteienkoalition des Neoliberalismus. Grundlage waren die gemeinsamen Anliegen und Forderungen von Gewerkschaften, Sozialverbänden, kirchlichen Gruppen, globalisierungskritischen Bewegungen, Umweltorganisationen und anderen sozialen Vereinigungen sowie von fortschrittlichen Wissenschaftlern. Es ging darum, die vorherrschende sozial reaktionäre und aggressive Entwicklung der entfesselten Globalisierung aufzuhalten und eine andere Politik und Entwicklungsrichtung durchzusetzen.

Diese ursprünglich unabhängig voneinander gegründeten Initiativen hatten Anfang Juli 2004 sich in einem gemeinsamen Verein mit dem Namen „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ zusammengeschlossen. Mehrere tausend BürgerInnen hatten ihre Kritik an dem Parteien- und bisherigen Wahlsystem darin umgesetzt, dass sie an der Herausbildung einer neuen Wahlformation mitwirken wollten. Aus diesen Initiativen entstand Anfang 2005 die Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative“ (WASG). Diese Partei beteiligte sich im Mai 2005 an den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen – konkurrierend zur PDS. Sie hat unter schwierigen Startbedingungen in diesen Regionalwahlen über 180.000 Stimmen oder 2,2 Prozent erhalten. Die PDS, im Selbstverständnis bis dahin die führende Kraft der Linken, war trotz ihres organisatorischen Netzwerks und ihrer gefüllten Wahlkasse auf gut 70.000 Stimmen oder 0,9 Prozent zurückgefallen.

Die SPD-Führung unter Schröder/Müntefering wollte mit den auf September 2005 vorgezogenen Bundestagswahlen aus der politischen Defensive herauskommen. Infolge des Ergebnisses für die konkurrierend

angetretenen Linksparteien und durch die politische Herausforderung, bei vorgezogenen Neuwahlen nur die Wahl zwischen zwei Varianten der neo-liberalen Gesellschaftskonzeption – der bürgerlichen und der neo-sozialdemokratischen – zu haben, entstand eine breite Bewegung zur Schaffung eines Wahlbündnisses von PDS und WASG. Fast alle Beteiligten und Beobachter stimmen darin überein: Die politische Linke – PDS und WASG – konnte bei getrennten Kandidaturen in NRW das große Potential enttäuschter, ehemaliger SPD-AnhängerInnen und GewerkschafterInnen nur unzureichend erreichen. Mit einem gemeinsamen Wahlbündnis der demokratischen Linken könnten zwar die Kräfteverhältnisse nicht umgewälzt werden, aber für den Großteil der Wahlbevölkerung würde mit einem Einzug in den deutschen Bundestag sichtbar: gesellschaftliche Alternativen sind möglich und werden öffentlich artikulierbar.

Diese Konstellation war der politische Hintergrund für den endgültigen Bruch des früheren SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine mit der Sozialdemokratie und seine Beteiligung an dem neuen Projekt. Er erklärte seinen Parteiaustritt aus der SPD und seine Bereitschaft, bei einem Linksbündnis mitzuwirken: „Wenn sich PDS und die Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit zusammenschließen, kommen wir bei der Bundestagswahl auf acht bis zehn Prozent“, so die These von Lafontaine. Die PDS sei zurzeit „gut für mindestens fünf Prozent, den Rest bringt die WASG“. „Das ist die einmalige Chance, wieder eine starke Linke im Parlament zu haben.“ (Lafontaine 2005b) Seine Beteiligung knüpfte Lafontaine an ein Zusammengehen und eine politisch-programmatische Vereinheitlichung der beiden Parteien.

PDS in einer Transformationsphase

Die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ hatte bis zum Auftreten der Wahlalternative – so die Auffassung vieler Wahl- und Parteienforscher – in Ostdeutschland durchaus den Charakter einer Volkspartei gewonnen. Anders in Westdeutschland: Auch nach 15 Jahren hat sie keine umfassende soziale Verankerung in den alten Bundesländern gefunden und bietet auch in Zukunft wenig Ansatzpunkte, die sich in massiver Wahlabstinz ausdrückende Krise der politischen Repräsentation zu überwinden.

Das Scheitern der PDS-Westausdehnung hatte viele Gründe; bei aller Berücksichtigung von historisch-gesellschaftlichen und kulturellen Faktoren weist das politische Defizit im Westen auch auf organisatorisch-politische Mängel. Die Stärke der PDS ist zugleich ihre Schwäche: Ihre Wurzeln liegen in der politischen Kultur der ostdeutschen Bundesländer. Ihr ist nicht nur das linke Westmilieu fremd, noch gravierender ist ihre Distanz zu den breiten, gewerkschaftlich geprägten Arbeiterschichten. Die PDS ist seit 1990 selbst geprägt durch die Transferökonomie Ostdeutschlands und ihre Mitgestaltung in kommunalen Vertretungen (vgl. M.

Brie 2003, Koss/Hough 2005). Das hatte zur Folge, dass die Verteilungsrealität zwischen Lohnarbeit und Kapital ihr bis zu einem gewissen Grade äußerlich ist, dass sie über ein etatistisches Verständnis des Sozialstaats kaum hinausgekommen ist, und sie sich schließlich in Koalitionen mit der Agenda-2010-gewendeten Sozialdemokratie in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern derart verstrickt hat, dass von den Grundsätzen einer modernen linkssozialistischen Partei in der Realität politischer Verantwortung wenig übriggeblieben ist. Mit der Regierungsbeteiligung – vor allem in Berlin und ohne genügend die politischen Konsequenzen zu bedenken, was es heißt, sich auf eine „modernisierte Sozialdemokratie“ einzulassen – ist die PDS in eine neue Transformationsphase eingetreten.

In selbstkritischer Reflexion wurde die unzureichende gesellschaftliche Akzeptanz in der Krisensituation bei der PDS zwar thematisiert (vgl. Modrow 2004; Reißig 2005), aber auch die PDS ist von der wachsenden politischen Apathie und Parteiverdrossenheit von Teilen der Wähler betroffen, so sehr man auch in einem nachwirkenden Antikommunismus die eigentliche Ursache sehen will. Selbstverständlich versteht sich die Mehrheit der PDS-Aktivisten als stabiler Faktor der politischen Linken, was freilich auch die geringe Bereitschaft einschließt, die eigentlichen politischen Herausforderungen aufzugreifen: „Es geht ... darum, der weit über dieses linke Potential hinausreichenden Ablehnung beziehungsweise Kritik des herrschenden Gesellschaftsumbaus eine wirkungsvolle demokratische Stimme zu geben.“ (Brie 2004, 1084)

Neuerfindung der Linken als Prozess politischer Formierung

Gleichsam als Versprechen auf die Zukunft, als eine weitergehende politisch-programmatische Veränderung benannte sich die PDS unter dem Druck der WASG und der linken Öffentlichkeit in Linkspartei.PDS um. Nach einigem Hickhack und etlichen Schwierigkeiten mit dem bundesdeutschen Wahlrecht, das kein Parteienbündnis zulässt, kam faktisch ein Wahlbündnis zustande, das mit 4,1 Millionen Stimmen (8,7 Prozent) dafür sorgte, dass die Linke heute pluralistisch im Bundestag vertreten ist. WASG und Linkspartei.PDS haben im September 2005 ein Spitzenergebnis erreicht. Es ist dem engagierten Wahlkampf des Linksbündnisses zuzuschreiben, dass Deutschland eine radikale Version der neoliberalen Agenda erspart blieb. Zugleich hat das Linksbündnis entscheidend dazu beigetragen, dass rechtsextreme Parteien aus der großen Enttäuschung über die politische Klasse und die etablierten politischen Parteien keine relevante Unterstützung mobilisieren konnten. Gleichzeitig verharrten relevante Teile der Bevölkerung in Resignation bei wachsendem Vertrauensverlust in die Institutionen und Formen demokratischer Willensbildung.

Nach den Bundestagswahlen im September 2005 waren die beiden Parteien des Linksbündnisses aufgefordert, mit Augenmaß einen Prozess

der Vereinigung der Parteien voranzutreiben. Was bedeutet die Neuerfindung der politischen Linken in einer neuen politischen Formation? Es geht um eine neuartige Sammlungsbewegung in dem Sinne, dass die verschiedenen Strömungen und Tendenzen der unterschiedlichen Linken aus den überlieferten Gräben oder Kasematten der innerlinken Stellungskriege des 20. Jahrhunderts herauskommen müssten. Der Neuerfindungsprozess der Linken wird in der jetzigen Phase u.a. blockiert durch einen Streit darüber, was denn die wesentlichen programmatischen Forderungen einer Alternative zum Neoliberalismus sein sollen. Die Grundlage des Erfolges liegt in der Anerkennung des pluralistischen Charakters des Wahlbündnisses. Die Linke hat in großer Zahl und in einer neuen Qualität zusammengearbeitet, statt ihre Unterschiede in Ab- und Ausgrenzungsritualen zu kultivieren. Es waren längst nicht alle Fragen und strategische Überlegungen abschließend geklärt, um dem neoliberalen Gesellschaftsumbau gegenüber wirksam Widerstand zu organisieren.

Zu den wirklichen Fortschritten der politischen Linken gehörte auch die Öffnung zu den anderen Akteuren und Strukturen der Zivilgesellschaft. Die neue Linke setzte sich für die vielen sozial Ausgegrenzten und Benachteiligten ein, indem sie deren Überlegungen und Vorschläge (Montagsdemonstrationen der Erwerbslosen etc.) aufgegriffen hat. Auch über 2.000 Gewerkschafter hatten einen Wahlauf Ruf für das Linksbündnis unterstützt. Nichts zeigt deutlicher, wie sehr die gesellschaftlichen Verhältnisse und die bisherigen Grundnormen des Arbeitens und Zusammenlebens durch die neoliberale Politik der entsolidarisierenden Marktimperative und Eigenverantwortungsrhetorik in Frage gestellt worden sind. Politisch-kulturell und vor dem Hintergrund geschichtlich entstandener Gesellschaftskonzeptionen wäre die Bündelung der linken Strömungen in einer Parteiorganisation mit einer neuen politischen Kultur zweifelsohne ein enormer Fortschritt – ganz entgegen den Einschätzungen von Negt, Harpprecht, Beck et al., die dieses Projekt mit dem Vorwurf des „Linksreaktionären“ zu denunzieren versuchten (vgl. Negt 2005, Beck 2005, Harpprecht 2005).

Der schwierige Weg zu den sozialen Unterschichten

Für diese Wählerinitiativen, das Wahlbündnis mit der PDS und den Versuch der Schaffung einer neuen Partei gibt es einen doppelten gesellschaftspolitischen Hintergrund. Zum einen geht es um die seit Jahren anhaltende Politik des Sozialabbaus und der Zerstörung der sozialen Rechte. Zum anderen sind viele BürgerInnen von den traditionellen Parteien enttäuscht; vor allem die Mitgliederverluste bei der SPD gehen im letzten Jahrzehnt in die hunderttausende. Noch beunruhigender ist die zunehmende Zurückhaltung, sich an der politischen Willensbildung und an Wahlen überhaupt noch zu beteiligen. Aber auch die PDS ist von dieser Politikverdrossenheit

betroffen. Zwar gewinnt die PDS in den aktuellen Wahlen Stimmanteile, aber von dem anhaltenden Vertrauensverlust des politischen Systems und der massiven Wählerkritik an der SPD profitiert sie nur begrenzt. Die PDS hat im zurückliegenden Jahrzehnt nie den Weg zur Interessenvertretung „sozialer Unterschichten“ gefunden, sich daher nicht für eine Verteidigung des Sozialstaates und seiner Weiterentwicklung unter den Bedingungen des Shareholder-value-Kapitalismus stark gemacht. Sie ist praktisch über den Status einer Bürgerrechtspartei für die diskriminierten Bürger der damaligen DDR nicht hinausgekommen. Die neue Wahlformation darf sich nicht mit dieser wachsenden Partei- und Politikverdrossenheit abfinden, der Trend zu immer geringerer Wahlbeteiligung soll umgekehrt werden. Es ginge ja bei einem neuen Wahlprojekt auch um die Herausbildung einer neuen politischen Kultur.

Die Sozialdemokratie ist in den 1990er Jahren unter Rot-Grün zu einer politischen Konzeption und Praxis übergegangen, die die kleinen Leute in Scharen von der SPD wegtreibt (vgl. Dörre u.a. 1999, Flassbeck u.a. 2000). Als Erklärung wird angeführt: „Unser Sozialstaat ist gewachsen als Antwort auf nationalen Kapitalismus, auf Industrialisierung, auf Bevölkerungswachstum und auf lange Lebensarbeitszeiten. Alles dies gibt es so nicht mehr in Deutschland.“ (Schröder 2003) Diese Analyse wird von vielen Menschen nicht geteilt. Die Geschichte hat gezeigt, dass im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse eine sozial gerechtere Verteilungspolitik möglich, aber zugleich immer begrenzt ist. Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung dokumentiert, dass die soziale Spaltung größer geworden ist und dass das Armutsrisiko in erheblichem Umfang mit Arbeitslosigkeit korrespondiert. Die Vermögenssituation privater Haushalte hängt unmittelbar und wechselseitig mit der Einkommensverteilung zusammen. Während die unteren 50 Prozent der Haushalte nur über etwas weniger als 4 Prozent des gesamten Nettovermögens (ohne Betriebsvermögen) verfügen, entfallen auf die vermögendsten 10 Prozent der Haushalte knapp 47 Prozent. Der Anteil des obersten Zehntels ist bis 2003 gegenüber 1998 um gut zwei Prozentpunkte gestiegen.

Die Unternehmerverbände haben mehrfach erklärt, es gehe künftig nicht um Verbesserungen für die Lohnabhängigen oder die Arbeitslosen oder um einen begrenzten Verzicht, sondern um einen dauerhaften Paradigmenwechsel. „Für die deutschen Arbeitnehmer vollzieht sich gerade ein Paradigmenwechsel. Jahrelang ging es um kürzere Arbeitszeiten, höhere Einkünfte, längeren Urlaub, Frühverrentung und andere Verbesserungen. Jetzt geht es in die andere Richtung ... Hier sind die Gewerkschaften gefordert, sich konstruktiv einzubringen und sich zu modernisieren“ (DIHK-Präsident Braun). Gewerkschaften, die an dieser Ausgestaltung des Paradigmenwechsels mitwirken, verlieren gleichfalls nicht nur Mitglieder, sondern ihre Geschichte, Würde und politisches Profil.

Die SPD verlor seit 1998 über 120.000 Mitglieder. Die Abwendung der

Mitglieder von ihrer Partei zeigt sich auch in allen Wahlen seit 1999. Das Neue der gegenwärtigen politischen Situation besteht darin, dass sich nicht nur viele Mitglieder von der SPD abwenden, sondern Kernbereiche ihrer bisherigen sozialen Basis und insbesondere der gewerkschaftlich organisierten abhängig Beschäftigten eine neue politische Interessenvertretung suchen. Als wesentlicher Grund für diese Entwicklung wird von einem Großteil der Wahl- und Parteienforscher ein Richtungswechsel in der Politik der SPD ausgemacht. „Die SPD-Elite rutscht auf der Konfliktachse nach rechts und nähert sich dem marktliberalen Pol an. Demgegenüber verharren große Teile der SPD-Mitgliedschaft und wichtige Wählersegmente auf der ideologischen Position einer wohlfahrtsstaatlichen Sozialdemokratie.“ (Mielke 2004)

Die Auflösung des Lohnarbeitsstatus stößt nicht nur bei besonders betroffenen Lohnabhängigen, sondern auch in anderen sozialen Schichten auf Widerspruch – trotz enormen Drucks in und durch die öffentliche Meinung. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung will sich nicht mit dem Abbau sozialer Rechte und der Zerstörung sozialen Eigentums (Krankenversicherung, Alterssicherung, öffentliche Versorgung) abfinden und hält aufgrund tiefverwurzelter sozialstaatlicher Normen an der Erwartung einer sozialen Regulierung des Kapitalismus auch für das 21. Jahrhundert fest. „Diese Normen sind keineswegs auf die untere Hälfte der sozialen Pyramide beschränkt; auch beträchtliche Teile der Mittelschichten haben sie übernommen. Vor allem aber haben sich diese Sozialstaats- und Gerechtigkeitsvorstellungen als überaus stabil erwiesen. Sie stehen als stiller Konsens der Bevölkerung in einem beinahe grotesken Gegensatz zum öffentlichen Diskurs.“ (Oberdörfer 2004)

Aus diesen Einschätzungen ergeben sich zwei Schlussfolgerungen:

a) Das von der SPD-Führung proklamierte Ende der Niedergangphase der Partei und die Erwartung neuer Stärke sind vor dem Hintergrund der realen Einstellungen zum Sozialstaat und zu einem regulierten Kapitalismus mit großer Skepsis zu sehen.

b) Weil die sozialstaatlichen Orientierungen zum Kernbestand der politischen Kultur der Bundesrepublik gehören, definiert sich eine Mehrheit der Wähler links: „Entgegen dem immer wieder zitierten Mythos einer ›Kultur der Mitte‹ verortet die ... Deutsche Nationale Wahlstudie 2002 auf Basis der fest etablierten Links-Rechts-Skala 44,3 Prozent der Befragten links von der Mitte“; knapp 30 Prozent rechnen sich zur Mitte und 26 Prozent stufen sich rechts von der Mitte ein (Mielke 2004).

Gegen die Rückkehr von Arbeitslosigkeit und Verarmung hat das neoliberale Grundrezept nicht geholfen. Mehr noch: die soziale Demokratie wird beschädigt. Wer den Sozialstaat abschaffen will, zerstört auch die Demokratie. Ein programmatischer Kurswechsel mit der modernen Sozialdemokratie zurück zu solidarischen Sicherungssystemen ist in der Koalition mit der CDU eher unwahrscheinlich. Denn präzise Fluchtpunkte einer

sozialen Demokratie zeigen die Sozialdemokraten seit Jahren nicht mehr auf. Mehr noch, sie haben gar nicht die soziale und moralische Kraft für einen konsequenten Reformismus, der den entfesselten Kapitalismus wieder nachhaltig reguliert. Und von einem energischen Antikapitalismus kann schon seit Jahren nicht mehr die Rede sein.

Die Politik der Deregulierung und Privatisierung verstärkt die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums in Richtung leistungsloser hoher Einkommen, mit der Folge, dass sich die Abwärtsspirale der Wirtschaft noch schneller dreht. Ein wirklicher Politikwechsel zielt auf eine Umverteilung des Reichtums in Verbindung mit Strukturreformen zugunsten qualitativen Wachstums und Maßnahmen für eine radikale Demokratisierung der Wirtschaft (Unternehmensverfassung, Genossenschaften, Sozialbetriebe und gesamtwirtschaftliche Steuerung). Eine grundlegende Reform der kapitalistischen Gesellschaft muss u.E. so anlegt sein, dass mit der Bekämpfung der bestehenden Ungleichheiten in der Einkommensverteilung eine langfristig ausgerichtete Strukturpolitik angestoßen wird. Es geht nicht um mehr Wirtschaftswachstum innerhalb der überlieferten Einkommens- und Konsumstrukturen, sondern um die Herausbildung einer sozial und ökologisch verträglicheren Lebensweise. „Einerseits müssen die Reformvorschläge zur Überwindung der Krisenfolgen an den aktuellen Problemen anknüpfen und einen Katalog von kurzfristig einleitbaren Maßnahmen beinhalten. Andererseits dürfen sie sich nicht auf eine nur kurzfristig wirksame technokratische Instrumentendiskussion reduzieren, sondern müssen zugleich den Weg in die Verwirklichung eines alternativen Entwicklungstyps öffnen.“ (Heseler/Hickel 1986, 26)

Risse in der neoliberalen Hegemonie

Die neoliberale Hegemonie wird brüchig. Seinen Ausdruck findet dies seit geraumer Zeit im wachsenden Vertrauensverlust in die gesellschaftlichen Institutionen und Formen demokratischer Willensbildung. Die politische Klasse insgesamt, nicht nur die Sozialdemokratie, reagiert auf diese Tendenz mit einer wenig nachhaltigen „Eingliederungspolitik“ (Castel) für besondere Bevölkerungsgruppen oder einzelne sozial bedrohte Regionen, die den Mangel an Integration und sozialen Zusammenhalt durch Arbeit und Partizipation am gesellschaftlichen Leben nicht aufwiegt – also mit letztlich nur plakativ gemeinten Appellen zur Stärkung der zivilen Bürgergesellschaft bei gleichzeitig zunehmender sozialer Repression. Die reaktionäre Variante dieses Zugangs ist – in Krisenzeiten wiederbelebt – die Aktivierung von Patriotismus oder Vaterlandsliebe. Dagegen hat die politische Linke links von der Sozialdemokratie die Chance, durch Aufklärung und populäre Präsentation von realisierbaren Alternativen die Risse im neoliberalen Elitenkonsens zu verstärken und eine grundlegende Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses einzuleiten.

Was heißt dies für die politische Formierung der Neuen Linken? Die SPD wird sich auf niedrigem Niveau stabilisieren. Ihr künftiges politische Gewicht hängt von dem Grad der Wahlbeteiligung ab. Zugleich öffnet die Entfremdung des Wählers von der Sozialdemokratie – ein zeitlich begrenztes – Fenster für eine politische Neugruppierung der Linken. „Die Wahlergebnisse, die Wahlforschung und die Meinungsumfragen im Jahr 2004 haben die Existenz eines linken (links von der SPD) Wählerinnen- und Wählerpotentials in Deutschland in einer Höhe von 10 bis 15 Prozent der Wahlbevölkerung gezeigt ... 80 bis 90 Prozent des linken Wählerpotenzials in Westdeutschland werden weiterhin von der PDS nicht erreicht.“ (M. Brie 2004)

Das Projekt einer neuen Linkspartei zielt auf ein soziales Bündnis zwischen Ausgegrenzten, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und Noch-Beschäftigten. Die neue Linkspartei muss sich als Teil des gesellschaftlichen Widerstands gegen den neoliberalen Gesellschaftsumbau verstehen. Die verschiedenen Strömungen und Gruppierung der politischen Linken jenseits der SPD müssten sich auf folgende These verständigen können: „Es geht ... nicht einfach um wahltaktische Möglichkeiten von 10 bis 15 Prozent ... Es geht vielmehr darum, die demokratische Interessenvertretung und parlamentarische Repräsentation eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung wiederherzustellen, eines Bevölkerungsteils, der im neoliberalen Deutschland nicht nur nicht ausreichend politisch vertreten ist, sondern auf die politische Interessenvertretung auch besonders angewiesen ist, handelt es sich doch wesentlich um sozial Benachteiligte und Verlierer der Modernisierung und Globalisierung.“ (M. Brie 2004)

Probleme, Chancen und Perspektiven in der „Programm“-Debatte

In Umfragen pendelt die WASG/Linkspartei Mitte 2006 immer noch um ihr Ergebnis bei den Bundestagswahlen (8,7 Prozent); auch für Westdeutschland zeichnet sich ein Stimmenanteil über der 5 Prozent -Marke ab. Das verdeutlicht: Ein Teil der Wahlbevölkerung weiß um die Zumutungen der Großen Koalition: von der Gesundheits- und Rentenpolitik über die Arbeitsmarktpolitik bis hin zur Steuerpolitik. Eine SPD, die zwar auf das Modernisierer-Pathos der Kanzlerschaft Schröder verzichtet, aber entschlossen im Bündnis mit den Christdemokraten den neoliberalen „Rollback“ fortsetzt, wird mit der Neuen Linken verstärkt Konkurrenz erhalten. Diese Konkurrenz ist gegenwärtig allerdings mehr mit sich selbst beschäftigt. Vor allem die WASG, seitdem die Landesverbände in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern gegen alle Voten der Bundespartei beschlossen haben, eigenständig auch gegen die Linkspartei zu den Regionalwahlen anzutreten. Diese interne Auseinandersetzung belastet das Parteibildungsprojekt.

Zu einer Überwindung der Blockade würde auch gehören, dass die vorhandenen Differenzen in Programmatik und Politikstil deutlich benannt werden. Aus unserer Sicht ist nicht zutreffend, dass die politischen Zielsetzungen von Linkspartei.PDS und Wahlalternative weitgehend identisch sind. Die Linkspartei.PDS definiert sich als sozialistische Partei; in ihrem Parteiprogramm und ihrer praktischen Politik ist allerdings nicht bestimmt, wie sie ausgehend von den konkreten Übergangsforderungen zu einem gesellschaftlichen Kräfteverhältnis gelangen will, in welchem ein neuer Typ von Sozialismus konkret zur Debatte stehen könnte. Die Frage der Übergangsforderungen ist wiederum ein zentraler Diskussionspunkt innerhalb der WASG.

Lafontaine hat die Frage aufgeworfen, was angesichts des neoliberalen Gesellschaftsumbaus die Linke ist. „Zur Zeit könnte man sie vielleicht als eine aufkommende Widerstandsbewegung gegen den Neoliberalismus bezeichnen, weil der Neoliberalismus ein Angriff auf die Würde des Menschen ist, weil der Neoliberalismus ein Angriff auf die soziale Gerechtigkeit und den Sozialstaat ist. Wenn man dies analysiert und wenn man sich vor Augen hält, welche Prinzipien der Neoliberalismus in den letzten Jahren verfolgt hat, dann kann man sehr leicht auch das Gegenkonzept entwickeln.“ (Lafontaine 2006) Es geht um Regulierung, Ausweitung des öffentlichen Sektors und öffentlicher Investitionen und um Wirtschaftsdemokratie. Mit diesen Stichworten ist ein Terrain abgesteckt, auf dem sich eine Programmatik einer modernen Linkspartei erarbeiten lässt.

Seit Februar 2006 wird in beiden Parteien über ein programmatisches Eckpunktepapier debattiert. Anfang Juni haben führende PolitikerInnen von Linkspartei.PDS und der Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative“ (WASG) zur Mitarbeit an der Gründung einer neuen Partei aufgerufen. Im Zentrum des Aufrufes steht: Stärkung des Widerstandes gegen den Neoliberalismus und damit die Entwicklung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses. Die angelaufene Debatte* um Inhalte, strategische Ausrichtung und Profil einer neuen linken Partei, soll bis zum Herbst 2006 zu einer Verständigung führen; für das Frühjahr 2007 ist die Gründung der Partei der Neuen Linken geplant.

Ein zentraler Punkt im Gründungsaufwurf ist das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus. „Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. Weil der Schwächere nur frei sein kann, wenn ihn Gesetze und Regeln vor der Willkür der Stärkeren schützen, setzt sie auf Regulierung statt auf Deregulierung ... Gesetze und Regeln müssen sicherstellen, dass die Kapitalverwertung dem Gemeinwohl verpflichtet ist ... Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge müssen in öffentliche Eigentumsformen überführt werden und demokratischer Kontrolle unterliegen.“

Weder haben sich die Mitglieder von Linkspartei.PDS und WASG bisher über die Gründe des Scheiterns der Sozialismus-Versuche auseinandergesetzt, noch ist in der Breite darüber debattiert worden, wie durch

Schritte der „Re-Regulierung“ und Rücküberführung von privatisierten Bereichen in öffentliche Regie eine Demokratisierung der gesamten Ökonomie erreicht werden kann. Wie nahe praktische Politik und Programm-Debatte zusammenliegen, zeigen die Auseinandersetzungen zwischen den Parteiflügeln in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Dresden und andernorts. Darüber, dass gesellschaftliche Arbeit eine Schlüsselkategorie zum Verständnis der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Transformation ist, gibt es in beiden Parteien keinen Konsens. Vielmehr ist „umstritten, ob die Forderung nach Erwerbsarbeit für alle Arbeitssuchenden noch ein realistisches und zentrales Ziel alternativer Politik sein kann.“ (Eckpunktepapier) Ebenso kontrovers ist die Forderung nach einer deutlichen Ausweitung von öffentlichen Investitionen und öffentlich geförderter Beschäftigung – angesichts chronisch defizitärer öffentlicher Haushalte wird sie von nicht wenigen einflussreichen FunktionsträgerInnen für eine Überforderung linker „Realpolitik“ gehalten. Die Neue Linke hat die Verständigung auf Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus auf die Tagesordnung gesetzt und dazu gehört die Debatte über eine nichtkapitalistisch strukturierte Ökonomie und Gesellschaft.

In einigen zentralen Fragen von konkreten Alternativen sind folgenreiche Unterschiede und Gegensätze auszumachen: Teile in beiden Parteien treten für ein Grundeinkommen ein. Das soziale Problem, das hinter der illusionären Forderung nach umfassender Versorgung aller ausgegrenzten Bevölkerungsteile steckt, heißt verfestigte Massenarbeitslosigkeit; das bedeutet, dass in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften Generationen herangewachsen sind, die Erfahrungen mit einem integrierenden Erwerbssystem entweder biografisch nicht mehr machen, oder die die Perspektive von qualifizierter, auskömmlicher Erwerbsarbeit angesichts zunehmender Prekarisierung für vollkommen unrealistisch halten. Nicht nur in Ostdeutschland, auch in den Gliederungen der WASG stößt man zuhauf auf die Opfer einer ökonomischen wie politischen Ausgrenzungspolitik. Die Konzeption eines bedingungslosen Grundeinkommens leistet aber auch insofern keinen konstruktiven Beitrag für eine Transformation des gegenwärtigen Kapitalismus, da sie sich in keiner Weise auf eine Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse einlässt und die dort entstehenden Widersprüche und Ambivalenzen erhöhter Subjektivität, Autonomie und Selbststeuerung in der Arbeit progressiv und transformatorisch aufgreift (vgl. u.a. die Debatte in 'Sozialismus' 10/2005, Widerspruch 49/2005). Dieses Segment moderner Lohnarbeit ist ansatzweise in der WASG vertreten und muss einen unverzichtbaren Bestandteil politischer Repräsentanz in einer neuen modernen Linkspartei bilden.

Jeder gesellschaftlicher Kurswechsel muss sich auf ein Bündnis von Lohnabhängigen und gesellschaftlich ausgegrenzten Schichten stützen. Gerade wenn man in allen Formen der Arbeitszeitverkürzung und dem Ausbau öffentlicher Dienste den zentralen Hebel für die Zurückdrängung

sozialer Spaltung und Ungleichheit sieht, gerade dann muss man für längere Übergangszeiten eine tragfähige, nichtrepressive Konzeption der soziale Grundsicherung vertreten. Neue Linke – das kann nur heißen: ein politisches Bündnis von BürgerInnen aus höchst disparaten Arbeits- und Lebensverhältnissen. Das heißt aber auch: Zentrale Anforderungen an ein solches Projekt sind der Umgang mit Widersprüchen und Konflikten, die ihren Hintergrund in den disparaten Lebensverhältnissen haben, und die gemeinsame Verständigung auf gesellschaftliche und politisch-kulturelle Lernprozesse.

Das Problem der Durchsetzung von Mindeststandards bei Arbeitseinkommen und Arbeitsstandards und Arbeitszeitverkürzungen ist – so unsere These – sowohl in der programmatischen Festlegung als auch in der praktischen Politik (Haltung zu Tarifverträgen, Mitbestimmung, Gewerkschaften) noch sehr unscharf. Während die Wahlalternative für eine Rückkehr zur gesamtgesellschaftlichen Globalsteuerung in Kombination mit Eingriffen in die Verteilungsrelationen und einer Demokratisierung von Unternehmensverfassungen eintritt, plädiert die Linkspartei für gesellschaftliche Grundwerte und Normen zur Zurückdrängung der Profitdominanz.

Die Herausforderung einer Neuerfindung der politischen Linken stellt sich in allen europäischen Ländern. Eingegraben in die bisherigen Verteidigungslinien und mit überlebten Konzeptionen bleibt die realpolitische Linke in ihrer Vielfalt jedoch allzu oft Spielball der bürgerlichen Akteure politischer Macht. Neuerfindung der Linken kann nur heißen: Wir müssen breite gesellschaftliche Bündnisse schaffen. Gestützt auf die überlebten Repräsentations- und Vertretungsansprüche wird eine solche Neue Linke allerdings wenig bewirken. Erforderlich sind erneuerte Kooperationsformen zwischen der politischen Linken, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Vereinigungen.

Schließlich: Es ist nach wie vor erschütternd festzustellen, dass die Mehrheit der Lohnabhängigen die Parteien wählt, die sich für Lohnzurückhaltung, Kürzung von Arbeitsentgelten und Abbau sozialer Sicherheit einsetzen. Es ist erschütternd zu sehen, dass die Mehrheit der Rentnerinnen und Rentner Parteien wählt, die Rentenkürzungen auf ihrer Agenda haben und diese politisch umsetzen. Selbst eine Mehrheit der Ausgegrenzten erteilt in Wahlen jenen Parteien einen politischen Auftrag, die die Kürzungen der Sozialeinkommen zur wichtigen politischen Angelegenheit erklären. Dieser Mischung aus Apathie und Desinformation muss mit dem Ausbau einer Infrastruktur für eine beharrliche und durchgreifende Aufklärungsarbeit und mit einem konkreten politischen Projekt begegnet werden; nur so kann die Stärkung linker Alternativen gelingen.

* Die wichtigsten Debattenbeiträge sind: a) „Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland“. Diskussionsgrundlage der gemeinsamen Programmkommission von Linkspartei.PDS und WASG; b) „Für eine antikapitalistische Linke“; c)

„Freiheit und Sozialismus – Let's make it real. Emanzipatorische Denkanstöße für die neue linke Partei“, von Julia Bonk, Katja Kipping und Caren Lay; d) „Neue Linke – neue Partei? Zum ‘Aufruf zur Gründung einer neuen Linken’“, von Joachim Bischoff, Richard Detje, Hasko Hüning und Björn Radke, in: Sozialismus 7-8/2006.

Literatur

- Beck, Ulrich, 2005: Was zur Wahl steht. Frankfurt/M.
- Bischoff, Joachim/Hüning, Hasko/Lieber, Christoph, 2005: Von der neoliberalen zur sozialistischen Gouvernamentalität. Anforderungen an eine Rifondazione der Linken. In: Prokla 141 (Die Zukunft ist links!)
- Brie, Andre, 2004: Strategische Konsequenzen aus den PDS-Wahlkämpfen 2004. In: Utopie kreativ, Dezember
- Brie, Michael, 2003: Linksparteien im Vergleich. Berlin
- Brie, Michael (Hrsg.), 2004: Strategische Orientierungen der PDS. Thesen zur Diskussion (Manuskript)
- Castel, Robert, 2001: Der Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft. In: Lohn der Angst, Liber Jahrbuch 3, Konstanz
- Castel, Robert, 2005: Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat. Hamburg
- Dörre, Klaus/Panitch, Leo/Zeuner, Bodo u.a., 1999: Die Strategie der „Neuen Mitte“. Verabschiedet sich die moderne Sozialdemokratie als Reformpartei? Hamburg
- Dürr, Tobias, 2005: Pol der Beharrung. Was die „Linkspartei“ für SPD und Parteiensystem bedeutet. In: Perspektive 21, Dezember 2005, Potsdam
- Flassbeck, Heiner/Giddens, Anthony/Wiethold, Franziska/Zwickel, Klaus u.a., Ein dritter Weg in das dritte Jahrtausend. Von der Standort- zur Zukunftsdebatte. Hamburg
- Harpprecht, Klaus, 2005: Verzicht und Hingabe – ein neues progressives Projekt. In: Vorgänge 171/172
- Heil, Hubertus, 2005: Vorwärts! Wie die Sozialdemokratie die Zukunft gewinnen kann. In: Perspektiven 21, Dezember 2005, Potsdam
- Heseler, Heiner/Hickel, Rudolf (Hrsg.), 1986: Wirtschaftsdemokratie gegen Wirtschaftskrise. Hamburg
- Koss, Michael/Hough, Dan, 2005: Die PDS in den ostdeutschen Bundesländern, Weimar
- Lafontaine, Oskar, 2005a: Politik für alle. Düsseldorf
- Lafontaine, Oskar, 2005b: Diese SPD ist nur noch Hülle. In: SZ vom 16.06
- Lafontaine, Oskar, 2006: Was ist die Linke. In: Junge Welt vom 19./20.01
- Mielke, Gerd, 2004: Das bedrohte Sein prägt das Bewusstsein. In: FR vom 19.07
- Modrow, Hans, 2004: Über Entwicklungsproblem und krisenhafte Erscheinungen in der PDS. Berlin
- Negt, Oskar, 2005: „Lafontaine ist eine tragische Figur“. In: DIE ZEIT Nr. 26 vom 23.06.
- Oberndörfer, Gerd u.a., 2004: Die Mär von der Besonderheit des Ostens. In: FR vom 23.09.
- Platzek, Matthias, 2005: Die zupackende SPD. Miteinander statt gegeneinander – für soziale Demokratie im 21. Jahrhundert. In: Perspektive 21, Heft 28, Potsdam
- ReiBig, Rolf, 2005: Mitregieren in Berlin. Die PDS auf dem Prüfstand. Berlin
- Schröder, Gerhard, 2003: Das Gestalten der Zukunft braucht den Mut der Veränderung. In: Die Neue Gesellschaft, Heft 5
- Walter, Franz, 2006: Die ziellose Republik. Gezeitenwechsel in Gesellschaft und Politik. Köln
- Vorgänge 171/172, 2005: Die Zukunft der Linken. Wiesbaden